Beschluss: Koalitionsverhandlungen mit Haltung – Für eine gerechte und demokratische Zukunft

Die Bundestagswahl 2025 stellt eine richtungsweisende Entscheidung für die Zukunft unserer Gesellschaft dar. Doch genauso entscheidend werden auch die Koalitionsverhandlungen in den Wochen und Monaten nach dem Wahltag sein. Vor dem Hintergrund erstarkender rechtsextremer Tendenzen in der Gesellschaft und im politischen Raum betonen wir nachdrücklich: Unsere Demokratie muss geschützt werden! Das Parlament darf sich nicht von populistischen und demokratiefeindlichen Kräften beeinflussen lassen.

Junge Menschen haben klare Erwartungen an die Politik: Sie fordern eine demokratische, gerechte und nachhaltige Zukunft. Als KjG Bayern sehen wir es als unsere Aufgabe, uns aktiv in diesen Prozess einzubringen und ein Sprachrohr für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu sein um deren Bedürfnisse in den Fokus der politischen Debatte zu rücken. Kinder- und Jugendpolitik findet im politischen Alltag immer noch viel zu wenig Beachtung. **Damit muss jetzt endlich Schluss sein!**

Daher fordern wir:

Die Ergebnisse von Jugendstudien (z. B. der 19. Shell-Jugendstudie und des 17. Kinder- und Jugendberichts) müssen eine bedeutende Rolle in den Beratungen über einen Koalitionsvertrag einnehmen. Denn Kinder und Jugendliche sind unsere Gegenwart und Zukunft. Diese Tatsache muss endlich in der Politik anerkannt werden. Sie haben ein Recht darauf, dass ihre Bedürfnisse und Anliegen Gehör finden und Gegenstand ***jeder*** politischen Debatte sind – ***denn jede Politik ist Jugendpolitik!***

Eine Zusammenarbeit – ob gewollt oder durch Zufall – oder gar eine Koalition mit der AfD darf es in der neuen Legislatur nicht geben. Gemeinsame Abstimmungen wie die von der CDU/CSU- und FDP-Fraktion wissentlich herbeigeführte Mehrheit mit der AfD am 29.01.2025 schaden unserer Demokratie. Als katholischer Jugendverband sind wir in besonderer Weise von den Unionsparteien als den zwei großen christlichen Parteien enttäuscht und verurteilen dies auf das Schärfste!

Junge Menschen müssen stärker in demokratische Prozesse eingebunden werden. Dazu braucht es auf allen Ebenen geeignete Beteiligungsformate, die es allen Kindern und Jugendlichen ermöglichen aktiv an der politischen Debatte teilzunehmen. Auch das aktive Wahlrecht muss für alle Kinder und Jugendliche – ohne Altersgrenze – umgesetzt werden.

Kinderrechte müssen endlich den Weg in unser Grundgesetz finden. Kinder und Jugendliche haben spezifische Bedürfnisse. Aus diesem Grund wurde 1989 die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet. Deutschland ist seit Beginn an einer der Vertragsstaaten, hat es jedoch 35 Jahre später immer noch nicht geschafft, die Kinderrechte vollumfassend ins Grundgesetz aufzunehmen.

Klimaschutz muss als generationenübergreifendes Thema eine starke Verankerung im Koalitionsvertrag finden. Nicht nur junge Menschen fordern endlich konsequente Maßnahmen für den Klimaschutz. Dazu muss Klimaschutz als ein Querschnittsthema in allen Politikbereichen etabliert werden. Es dürfen auf keinen Fall wieder Rückschritte in der deutschen Klimapolitik gemacht werden. Dies wäre ein fatales Zeichen, besonders an die junge Generation!

Diversität und Geschlechtergerechtigkeit müssen als grundlegende Prinzipien politischer Entscheidungen etabliert werden. Dazu braucht es eine konsequente Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Sexualität, Herkunft, Religion, Alter, Behinderung oder Aussehen. Dieses Thema muss in alle gesellschaftlichen Bereiche getragen werden. Dazu müssen politische Gremien, Unternehmen, Behörden, Bildungseinrichtungen, etc. dafür sorgen, strukturelle Diskriminierung zu beenden.